

**Gastkommentar.** Die Ungarn-Krise 1956 und die ständigen politischen Ermahnungen an Budapest zur europäischen Solidarität.

## Die Ausblendungen der Moralisten

VON KARIN KNEISSL

Historische Vergleiche können helfen, die politische Gegenwart besser zu begreifen. Darin liegt der tiefere Sinn aller komparativen Geschichtsforschung. Doch gewisse Analogien werden inflationär und vor allem falsch eingesetzt. Dazu gehört, dass das Abkommen von München 1938 immer herangezogen wird, wenn es um Verhandlungen mit Autokraten geht.

Jeder Sachverhalt verdient seine besondere Beurteilung und das Wissen um die historischen Zusammenhänge. Einen vermeintlich ähnlich gelagerten Fall heranzuziehen ist nur dann von Nutzen für die Debatte, wenn wesentliche Merkmale der Sachverhalte vergleichbar sind. Alles andere verzerrt die Diskussion oder führt in die Irre. Eine Analogie, die im Zuge der Flüchtlingskrise zur Referenz für viele wurde, ist die Ungarn-Krise 1956. Und diese Referenz hinkt gewaltig.

Ob Kardinal Schönborn, Wiener Sozialdemokraten oder jüngst der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn – sie alle bemühen die erfolgreiche Bewältigung der Ungarn-Krise: zum einen mit Blick auf die damalige große Hilfsbereitschaft, zum anderen, um den Ungarn vorzuhalten, dass sie, die einst so von Solidarität profitiert hätten, sich heute aus der Pflicht zur europäischen Solidarität stehlen. Dabei blenden die Moralisten Wesentliches aus.

### Kuhhandel der Weltmächte

Im Herbst 1956 arrangierten die Weltmächte vor dem Hintergrund einer brisanten Krise des Kalten Kriegs einen Kuhhandel. Während die Ungarn sich gegen die stalinistische Führung erhoben, lieferten sich Großbritannien und Frankreich vor der ägyptischen Küste mit Präsident Nasser einen letzten Akt europäischer Kanonenboot-Diplomatie.

Nach der Verstaatlichung des Suezkanals und der Sperre des Kanals für israelische Schiffe intervenierten die beiden Nachkolonialmächte und besetzten den Sinai. Nasser wurde in London und Paris zu einer Art „Hitler

am Nil“ stilisiert. Die USA und die Sowjetunion einigten sich darauf, den Konflikt vor die UNO zu bringen. Zeitgleich schlug die Sowjetarmee den ungarischen Volksaufstand nieder. Der Nahe Osten wurde zum Teil des Kalten Kriegs, und die Ungarn bezahlten hierfür die wesentliche Zeche.

### Freie Hand für Moskau

Um keinen größeren Konflikt im östlichen Mittelmeer zu riskieren, ließ man Moskau freie Hand in Ungarn. Nach dem sowjetischen Einmarsch folgten Massenverhaftungen, Prozesse und der Exodus jener, die es über die Grenze in Burgenland schafften.

Viele Flüchtlinge fanden anfänglich Aufnahme bei Bauern, halfen bei der Feldarbeit mit und wohnten in einfachsten Verhältnissen. Abgesehen davon, dass es sich um Menschen aus derselben Kultur handelte, war die Aufnahme unkomplizierter, denn niemand forderte Mindestsicherung, die es nicht gab. In der ungarischen Erinnerung ruft vieles von dem, was die große Flucht betroffen hat, kaum die Idee einer europäischen Solidarität hervor. Vielmehr liegt über vielem ein bitterer Nachgeschmack.

Vom Rest der Welt missverstanden zu sein ist eine Konstante der magyrischen Selbstwahrnehmung. Das hat nicht nur mit der Eigenheit der Sprache zu tun, sondern ist die Folge so mancher historischer Niederlage.

Wenn nun europäische Politiker die Ungarn 2016 harsch an die viel zitierte europäische Solidarität erinnern, haben sie die Geschichte von 1956 nicht verstanden. Aussagen, wie jene des Luxemburgers Asselborns, Ungarn aus der EU zu werfen, weil es die Verteilungsquote Brüssels ablehne, haben jene befeuert, die am 2. Oktober gegen die europäische Flüchtlingspolitik gestimmt haben. Analogien in extremis zu bedienen führt zu extremen Gräben.

Dr. Karin Kneissl (\*1965 in Wien) ist außenpolitische Expertin, Buchautorin und Vizepräsidentin der Gesellschaft für Politisch-Strategische Studien.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)



## Die verbindende Mitte

**Replik.** Die Neos zwischen rechts und links: Entscheidend ist das Zustandekommen einer Reformmehrheit für echte Veränderungen.

VON JOSEF LENTSCH

Das Gegenteil von gut sei nicht böse, sondern gut gemeint, witzelte Kurt Tucholsky. Gut gemeint war wohl auch das „Quergeschrieben“ von Martin Engelberg in der „Presse“ (11. 10.) mit dem Titel: „Kurz, Griss und Strolz – und die verpasste Gelegenheit“. Dort schreibt er, dass den Neos „wirklich nicht mehr zu helfen“ sei, wenn bei den kommenden Nationalratswahlen die Chance im Rahmen einer gemeinsamen Wahlplattform mit Irgard Griss und unter Führung von Sebastian Kurz nicht genutzt werde, „mit der ÖVP gemeinsame politische Ziele durchzusetzen“. Und unter Verwendung eines Freud-Zitats schreibt er, es gehe da nur um den „Narzissmus der kleinen Differenzen“.

Sehen wir einmal von dem für einen Psychoanalytiker ungewöhnlich direkten und moralisierenden Ton ab und analysieren die dem Kommentar zugrunde liegende zentrale Annahme: dass nämlich Neos von der ÖVP vernachlässigbar wenig trenne. Wer sich jemals mit der Gründungsgeschichte der Neos als Bürgerbewegung befasst oder einen Blick in das Parteiprogramm geworfen hat (etwa die

Positionen gegen Überwachungsstaat, Kammerzwang und verstaubte Gesellschaftspolitik), weiß es besser. Engelbergs Missverständnis geht aber tiefer: Seine Sichtweise ist von den CDU/FDP-Regierungen der 1980er- und 1990er-Jahre geprägt, als Liberale von den Konservativen arrogant als Anhängsel betrachtet wurden. Vergessen sind die 13 Jahre von 1969 bis 1982, als eine sozialliberale Koalition Deutschland regiert hat.

### Große Erneuerungsprojekte

Für das heutige Europa stimmt Engelbergs Lesart, die Liberale ohne Konservative zur Fußnote degradiert, noch weniger. Liberaldemokraten stellen in sieben Staaten den Regierungschef. Wo sie in Koalition sind, regieren sie derzeit am öftesten mit Sozialdemokraten.

Passen Liberale also am besten mit Linken zusammen? Nein. Es ist kein Zufall, dass die Liberalen in Parlamenten meist in der Mitte sitzen, zwischen den linken und rechten Blöcken. Auch die Neos sind keine Blockpartei, sondern eine Bürgerbewegung der Mitte.

Das politische Zentrum ist weder links noch rechts. Dementsprechend gibt es für Liberale keinen „natürlichen“ politischen Partner. Angesichts einer zunehmend pola-

risierten politischen Landschaft in Österreich und Europa wird die Rolle der verbindenden Mitte, die sowohl für eine offene Gesellschaft als auch für eine offene Wirtschaft eintritt, immer wichtiger.

In Österreich ist mit beiden Altparteien aber jeweils nur eines davon zu haben. Die „gemeinsamen politische Ziele“, von denen Engelberg spricht, werden daher je nach Koalition unterschiedliche sein: etwa Bildungsreform und Bürgerrechte gemeinsam mit Mitte-links, Wirtschafts- und Pensionsreform mit Mitte-rechts.

Entscheidend ist, dass eine Reformmehrheit für echte Veränderung zustande kommt. Da geht es nicht um kleine Differenzen, sondern um große Erneuerungsprojekte für Österreich.

Welche der beiden Altparteien den dafür notwendigen Sprung in das 21. Jahrhundert schafft, ist heute noch nicht absehbar. Die Gelegenheiten dafür haben bisher beide verlässlich verpasst.

Mag. Josef Lentsch, MPA, ist Direktor von Neos Lab, der Parteiakademie von Neos, und Vorstand des European Liberal Forum. Der ehemalige Manager und Unternehmer studierte an der Harvard University.

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

## PIZZICATO

### Merkel fast weg

Die „Kronen Zeitung“ titelte am Mittwoch dieser Woche: „Nach Kurz, Doskozil, Rupprechter auch Kern: Jetzt rücken alle von Merkel ab“. In Berlin trat daraufhin die deutsche Bundesregierung zur Krisensitzung zusammen.

ANGELA MERKEL: Also, die österreichische „Bild“ schreibt: „Nach Kurz, Doskozil, Rupprechter auch Kern: Jetzt rücken alle von Merkel ab“.

WOLFGANG SCHÄUBLE: Wer sind die jetzt?

FRANK-WALTER STEINMEIER: Den Kurz kennst du vielleicht aus den Talkshows.

URSULA VON DER LEYEN: Adretter Junge eigentlich.

ALEXANDER DOBRINDT: Könnte direkt von der CSU sein.

WOLFGANG SCHÄUBLE: Ist in Königgrätz noch ein Feld frei?

FRANK-WALTER STEINMEIER: Ich werd mal den tschechischen Kollegen fragen.

URSULA VON DER LEYEN: Super. Endlich wieder Truppenbesuch im Ausland. Und ich muss dafür gar nicht nach Afghanistan fliegen.

ANGELA MERKEL: Ich glaube, wir machen das dann doch anders. Wir schicken ihnen jetzt einfach 500 Flüchtlinge mehr pro Tag zurück. Geht das?

LOTHAR DE MAIZIÈRE: Wir schaffen das. (oli)

Reaktionen an: [oliver.pink@diepresse.com](mailto:oliver.pink@diepresse.com)

## LESERPOST

### Leserbriefe bitte an:

Die Presse, Hainburger Straße 33, A-1030 Wien oder an [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

### Wie wär's mit einer SPÖ-Mitgliederbefragung?

„Das abgesagte Burkaverbot“, von Dietmar Neuwirth, 12. 10.

Laut des am 6. 9. erstellten Arbeitsprogramms unserer Regierung sollte am 12. 10. ein Integrationspaket beschlossen werden. Wie heute zu lesen war, wird daraus aber nix (wen wundert es?).

Um aber dieses Paket doch noch zu retten, schlage ich dem Herrn Bundeskanzler vor, selbst einzugreifen. Nachdem er ja die „Mitgliederbefragung“ entdeckt hat, sollte er auch über die von Frau Duzdar verweigerten Punkte Vollverschleierungsverbot, Sanktionen, Ein-Euro-Jobs etc. die ungeschminkte Meinung seiner Parteimitglieder einholen. Sollte Herr

Kern dann auch noch den Mut haben, das Ergebnis in die Verhandlungen mit Herrn Kurz einfließen zu lassen, könnte das Paket wahrscheinlich in kürzester Zeit geschnürt werden. Damit wäre dann zumindest einer der von der Regierung selbst auferlegten Arbeitsaufträge erfolgreich erledigt – und es könnte sofort zum Jubeln darüber übergegangen werden.

Wolfgang Fürböck, 1130 Wien

### Auch OGH-Erkenntnisse immer begründen

„Justizreformen, aber Laien bleiben“, 10. 10.

Wie von Ihnen berichtet, hat das Urteil im sog. Grazer Amokfahrerprozess, das aufgrund der derzeitigen Gesetzeslage durch die Geschworenen ohne Begründung gefällt werden konnte, zu einer Diskussion geführt, die in die Richtung geht, dass künftighin auch Geschworenenurteile begründet werden müssen. Diese Diskussion ist wichtig, und die für die Notwendigkeit der Begründung von

Urteilen vorgebrachten Argumente sind stichhaltig.

Allerdings wird dabei übersehen, dass § 510 (3) ZPO auch dem OGH die begründungslose Zurückweisung von außerordentlichen Revisionen ausdrücklich gestattet. Die in der aktuellen Diskussion für die verpflichtende Begründung von Urteilen vorgebrachten Argumente gelten hier jedoch gleichermaßen.

Dazu kommt, dass die Begründungen des OGH auch im Fall der Zurückweisung außerordentlicher Revisionen Aspekte enthalten könnten, die für die Fortentwicklung der Judikatur von Bedeutung sein könnten. Immer wieder führen Begründungen von Gerichtsentscheidungen zu fruchtbaren Diskussionen in der juristischen Fachwelt, während das Fehlen einer Begründung – warum auch immer sie unterblieben sein mag – dazu führt, dass auch durchaus diskussionswürdige Fälle endgültig in der Versenkung verschwinden.

Kann man Rechtsprechung ohne Argumente wirklich als